



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

SPD



am 10. Oktober 2014

Inhalt

- 1. BAföG-Novelle bringt mehr Chancengerechtigkeit in der Bildung**
- 2. Globale Maßstäbe setzen – Freier Handel muss fair sein!**
- 3. Klare Regeln für den Wechsel in die Wirtschaft**
- 4. Ausrüstungsmängel bei der Bundeswehr beseitigen**
- 5. Wirtschaftsempfang der SPD-Bundestagsfraktion**



BAföG-Novelle bringt mehr Chancengerechtigkeit in der Bildung

In dieser Woche wurde in 1. Lesung die [Novelle des Bundesausbildungsförderungsgesetzes \(BAföG\)](#) beraten. Dies ist ein weiterer wichtiger Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit im Bildungssystem. Mit der geplanten Novelle übernimmt der Bund die Kosten für das BAföG vollständig. Die Länder werden dadurch um 1,17 Milliarden Euro entlastet. Die frei werdenden Mittel stehen den Ländern für zusätzliche Investitionen in Bildung zur Verfügung.

Die Novellierung modernisiert und stärkt die Studierendenförderung zudem in vielen Bereichen: Die Erhöhung der Freibeträge, Bedarfssätze und Sozialpauschalen um sieben Prozent sollen die Leistungen ab 2016 spürbar verbessern. Auch die Einkommensfreibeträge wurden im gleichen Umfang angehoben. Dadurch werden Mini-Jobs bis 450 Euro neben der BAföG-Förderung möglich. Die Vermögensfreibeträge werden von 5.200 Euro auf 7.500 Euro angehoben. Der Wohnzuschlag wird auf 250 Euro erhöht, sodass auswärts wohnenden Studierenden bis zu 735 Euro im Monat zur Verfügung stehen – ein Erfolg. Gleichzeitig sollen weitere 110.000 Studierende sowie Schülerinnen und Schüler durch Erweiterung des Förderkreises in den Genuss von BAföG-Leistungen kommen.

Weiterhin wurden Anpassungen an neue Studienstrukturen und -fächer, bisherige Förderlücken zwischen zwei Ausbildungsabschnitten sowie der Aspekt der zunehmenden Internationalisierung in den Gesetzesentwurf eingearbeitet und berücksichtigt. Die Unterstützung von BAföG-Geförderten mit Kindern wurde ebenfalls durch die Anhebung und Vereinheitlichung des Kinderbetreuungszuschlags (vormals 113 Euro und gestaffelt nach Anzahl der Kinder; nun pauschal 130 Euro pro Kind) gestärkt. Das Gesetz und die damit verbundene Ausführung durch die BAföG-Ämter werden,

unter anderem durch die Einführung der Onlineantragstellung, einer Entbürokratisierung unterzogen. Die Bewilligungen und Auszahlungsintervalle sollen dadurch so kurz wie möglich gehalten werden. Vor dem Hintergrund veränderter Erwerbsbiografien und dem Leitbild des lebenslangen Lernens müssen in den kommenden Jahren die Leistungen für die Aus- und Weiterbildungsfinanzierung stetig weiterentwickelt werden. Alternative Zugänge zum Studium – so etwa die Zulassung als Facharbeiter zum Studium, berufsbegleitendes (Teilzeit-)Studium und mehr Durchlässigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung – sollen bei zukünftigen Modernisierungen der Ausbildungsbildungsförderung stärker berücksichtigt werden.

In den kommenden Jahren wird die SPD-Bundestagsfraktion hierzu neue Konzepte entwickeln. Als zuständiger Berichterstatter für das Meister-BAföG in der SPD-Bundestagsfraktion ist es für unseren hessischen SPD-Kollegen Martin Rabanus besonders wichtig, dass der Novellierung des BAföG eine Anpassung an aktuelle Anforderungen und somit auch eine Modernisierung beim Meister-BAföG folgt – und dafür wird er sich in dieser Legislaturperiode einsetzen. Die berufliche Weiterbildung als Säule des deutschen Bildungssystems soll dadurch aufgewertet werden.

Globale Maßstäbe setzen – Freier Handel muss fair sein!

Das Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) ist zurzeit in aller Munde. Die öffentliche Debatte dreht sich vor allem um das berüchtigte „Chlorhähnchen“ und die Frage ob man Staat-Investor-Schiedsverfahren zulassen sollte oder nicht. Die SPD und vor allem auch Wirtschaftsminister Gabriel sehen die Schiedsgerichte sehr kritisch.

Wenig wird darüber diskutiert welche Vorteile und Chancen ein solches Abkommen für Deutschland und den Rest der Welt haben könnte. Das geplante Abkommen würde etwa die Hälfte des weltweiten Bruttonettoprodukts umfassen. Die Tragweite eines solchen Vertrages ist deshalb enorm. Mit einem Abkommen dieser Art könnten auch Standards und Normen gesetzt werden, die uns am Herzen liegen. Deswegen haben wir in dieser Woche [einen Antrag der Koalitionsfraktionen zur Verbesserung der weltweiten sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Standards](#) beraten.

Besonders die Festschreibung der sogenannten acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die von allen 28 europäischen Mitgliedsstaaten ratifiziert wurden, müssen ein verbindlicher Teil der Verhandlungen sein. Damit steht und fällt die Zukunft der globalen Arbeitnehmerrechte. Deswegen fordern wir die Bundesregierung auf, sich für die Stärkung und Umsetzung von internationalen Vereinbarungen zu Arbeitsrechten und Arbeitsbedingungen einzusetzen und Sozialstandards im geplanten Abkommen mit den USA zu verankern. Das versuchen wir mit unseren europäischen Partnern zu erreichen.

Nur so kann es freien und aber auch vor allem fairen Handel geben. Bei aller öffentlichen Kritik, die im Moment an den Verhandlungen um TTIP laut wird, sollte auch bedacht werden, dass es die Chance bieten könnte, gerechtere Handelsnormen zu etablieren als wir sie momentan haben.

Klare Regeln für den Wechsel in die Wirtschaft

Zu Beginn dieses Jahres machte der ehemalige Generalsekretär der CDU, Ronald Pofalla, mit seinem Abschied von der Politik und dem darauf folgenden Bestreben, zügig in die Wirtschaft zu wechseln, von sich reden. Die Schlagzeilen waren groß und auch die Deutsche Bahn AG, der neue Arbeitgeber des ehemaligen Chefs des Bundeskanzleramtes, schien überrascht ob der öffentlichen Empörung, die sich schlagartig breit machte. Es begann eine medienwirksame Debatte über die Notwendigkeit von Karenzzeiten und deren Dauer. Die Bahn entschied sich damals freiwillig, eine Übergangszeit von 12 Monaten einzuräumen und Pofalla erst nach Ablauf dieser Frist zum ersten Januar 2015 ins Unternehmensmanagement zu holen.

Um nicht auf solche freiwilligen Vereinbarungen angewiesen zu sein, sollen nun neue Regeln für den Wechsel von der Politik in die Wirtschaft aufgestellt werden. Darauf einigten sich jetzt die Fraktionsspitzen der Großen Koalition.

In den meisten Fällen soll eine Karenzzeit von 12 Monaten gelten, in speziellen Fällen auch bis zu 18 Monate. Das Bundeskabinett soll zukünftig in jedem Einzelfall über eine eventuelle Interessenkollision wechselwilliger Regierungsmitglieder entscheiden. Wenn der Wechsel ein „Geschmäckle“ hat, soll die 12 monatige Sperrfrist greifen.



Die Bundestagsabgeordneten Ulrike Gottschalck und Edgar Franke begrüßen dieses Vorhaben sehr. Hier muss eine breite Diskussion stattfinden und es ist richtig, dass dieses Problem endlich angegangen wird. Es kann schließlich nicht sein, dass Politiker Fähigkeiten und besonderes Wissen, das sie während ihrer politischen Laufbahn erworben haben, direkt für lobbyistische Einflussnahme benutzen können. **Hier müssen wir klare Regeln und vor allem Transparenz schaffen, sonst bekommt die Politik ein Glaubwürdigkeitsproblem.**

Ausrüstungsmängel bei der Bundeswehr beseitigen



Die Schlagzeilen der letzten Tage und Wochen lassen die materielle Handlungs- und Einsatzfähigkeit der Bundeswehr nicht gut aussehen. Verteidigungsministerin von der Leyen ließ den Stand der Ausrüstung von unabhängigen Gutachtern überprüfen, die eine Reihe von Missständen aufdeckten ([auf den Seiten des Verteidigungsministeriums kann man ein Exzerpt des Berichts einsehen](#)).

Als verlässlicher Bündnispartner steht Deutschland in der Pflicht, militärisch handlungsfähig zu sein. Die Ministerin hat die Missstände nicht alleine zu verantworten, sie hat auch viele Probleme von ihren Vorgängern (Jung, zu Guttenberg, de Maizière) übernommen. Wir sagen aber auch klar: Die jüngsten Pannen beim Lufttransport von militärischen und humanitären Hilfen haben mehr als deutlich gezeigt, dass die Zeit reif ist, um endlich die richtigen Weichen zu stellen. Der schlechte Materialzustand ist übrigens keine Frage des Geldes, sondern des richtigen Managements. Im letzten Jahr hat das Bundesverteidigungsministerium 1,3 Mrd. Euro aus seinem Etat nicht abgerufen. Es müsste also genug Geld in der Kasse sein.

Wirtschaftsempfang der SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD-Bundestagsfraktion hat am 06. Oktober zum dritten Mal zu ihrem Wirtschaftsempfang mit dem diesjährigen Themenschwerpunkt *Industrie 4.0* eingeladen. Der Empfang wurde zahlreich und prominent besucht und begann mit verschiedenen Workshops zu Themen wie *Arbeit 4.0* oder *Rahmensetzung 4.0*, wo es jeweils um die Rolle und Zukunft von Arbeitnehmern in der vernetzten digitalen Welt oder um Standardisierung und Datenschutz ging. Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik führten zusammen eine lebhafte Diskussion.

In seiner Rede betonte Siemenschef Joe Kaeser, dass Deutschland weltweit bereits eine gewichtige Rolle spiele und dass die Digitalisierung zwar eine große Herausforderung sei, das größte Problem für Deutschlands zukünftige wirtschaftliche Entwicklung jedoch die **geopolitischen Konflikte** darstellten. Sigmar Gabriel zeigte auf, wie gut es gewesen sei, dass Deutschland in den letzten Jahren an seiner industriellen Basis festgehalten habe. Es sei die richtige Entscheidung gewesen, dass man nicht auf die zahlreichen Experten gehört habe, die das Finanz- und Bankwesen in den Mittelpunkt gestellt hätten. Es ginge nicht um „old“ oder „new economy“, **sondern um die „next economy“, die Digitalisierung in der globalisierten Welt.**

Man war einheitlich der Meinung, den Industriestandort Deutschland in den Mittelpunkt der zukünftigen Wirtschaftspolitik zu stellen und in diese die Weiterentwicklung und Herausforderungen der digitalen Welt zu integrieren.

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia